



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

174. Ratssitzung vom 7. Januar 2026

5655. 2025/54

**Postulat von Dominique Späth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Serap Kahriman (GLP) vom 05.02.2025:
Sensibilisierung der medizinischen Fachpersonen für die Problematik der sexualisierten und häuslichen Gewalt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominique Späth (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4286/2025):
*Wir sprechen in diesem Rat immer wieder über Gewalt – sogar relativ häufig. Viel weniger häufig sprechen wir über sexualisierte Gewalt und Gewalt an Frauen und Mädchen. Es wäre aber bitternötig, dass wir häufiger darüber sprechen. Das gilt auch für die Betonung der Wichtigkeit und Dringlichkeit von Massnahmen in diesem Bereich. Es gibt eine hohe Dunkelziffer in Bezug auf Gewalt an Frauen. Die Problematik wird häufig tabuisiert und marginalisiert. Für viele Betroffene ist sexualisierte Gewalt ausserdem schambehaftet. All diese Komponenten machen spezifisches Aufmerksam-Machen und ein Sensibilisieren auf diese Thematik zu wichtigen Ansatzpunkten. Genau darauf zielt das Postulat ab. Es geht um eine Informations- und Sensibilisierungskampagne in diesem Bereich. Der Stadtrat soll prüfen, wie medizinische Fachpersonen in der Stadt Zürich – beispielsweise im Stadtspital oder in Notfallpraxen – für die Problematik der sexualisierten und häuslichen Gewalt sensibilisiert werden können. Die bereits bestehenden Angebote sollen beim Gesundheitspersonal bekannt gemacht werden. Wir müssen uns als Parlamentarier*innen darauf verlassen können, dass Betroffene, wenn sie Hilfe holen, auch kompetente Unterstützung erhalten – gerade in unseren eigenen Gesundheitseinrichtungen. Es kommt leider immer wieder vor, dass Betroffene Hilfe im Triemli suchen, aber aufgrund fehlender Schulung oder Information des Personals falsch oder nur mangelhaft behandelt werden. Es handelt sich dabei leider nicht um einen Einzelfall oder einzelne wenige Fälle. Es gibt mehrere öffentliche Stellen, die genau in diesem Bereich Optimierungsbedarf sehen. Das Ziel soll also sein, dass eine betroffene Person, unabhängig davon in welcher Gesundheitseinrichtung sie sich Hilfe holt oder sich behandeln lässt, kompetent und angemessen versorgt wird. Ein spezifisches Augenmerk soll auch auf verschiedene Lebensrealitäten marginalisierter und mehrfach diskriminierter Personengruppen gelegt werden. Das Postulat stellt eine pragmatische Forderung, die genau dort ansetzt, wo ein Missstand und deshalb Verbesserungspotenzial besteht.*



Deborah Wettstein (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 5. März 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Die FDP steht vollkommen hinter dem Anliegen, sexualisierte und häusliche Gewalt konsequent zu bekämpfen. Betroffene brauchen eine sofortige, kompetente und sensible Betreuung. Dafür gibt es heute schon effiziente, kantonale koordinierte Strukturen, die sich in der Praxis bewährt haben. Die Verantwortung für Spitäler sowie die medizinische Aus- und Weiterbildung liegt beim Kanton nicht bei der Stadt. Städtische Konzepte oder Kampagnen in diesem Bereich würden in die kantonale Kompetenz eingreifen und könnten zu unklaren Zuständigkeiten und Konflikten führen. Der Kanton Zürich hat im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention schon zentrale Massnahmen beschlossen. Dazu gehört der Regierungsratsbeschluss 1320/2023 zum aufsuchenden Forensic-Nurse-Dienst. Seit dem Start im Frühling 2024 sicherten die Forensic Nurses bei rund 200 Gewaltopfern Spuren und leisteten in rund 170 Fällen telefonische Unterstützung. 21 Opfer reichten nachträglich eine Strafanzeige ein – im Vergleich zu nur einer Anzeige in den 13 Jahren zuvor. Der Forensic-Nurse-Dienst stärkt die Opferhilfe und verbessert strafrechtliche Verfolgung mit nachweisbarer Wirkung. Zusätzlich sensibilisieren und schulen die Forensic Nurses das medizinische Personal in den Zürcher Spitälern laufend. Ergänzend dazu publizierte der Kanton Zürich am 11. Dezember 2025 eine kantonale Sensibilisierungskampagne zu den Forensic Nurses. Die Kampagne macht das Angebot bei den Fachpersonen und in der Öffentlichkeit breiter bekannt, erklärt die Rolle der Forensic Nurses und senkt die Hürden für die Inanspruchnahme. Eine städtische Ergänzung zu den bestehenden kantonalen Angeboten kann zu unkoordinierter Doppelspurigkeit führen. Ressourcen wie Zeit, Personal und Budget der Stadt würden blockiert – ohne Mehrwert für die Betroffenen. Eine eigene städtische Kampagne würde zusätzliche Mittel für eine Aufgabe erfordern, die bereits professionell abgedeckt ist. Die Stadt soll bestehende kantonale Massnahmen unterstützen, aber keine eigene Parallelstruktur schaffen. Wir sagen Ja zum Schutz der Opfer, aber Nein zu städtischem Mikromanagement.

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): Ich bin entsetzt, dass in diesem Bereich von städtischem Mikromanagement gesprochen wird, obwohl wir gehört haben, wie horrend hoch die Zahlen und die Dunkelziffer sind. Die Stadtspitäler sind konfrontiert mit Anfragen oder aufsuchenden Frauen und es ist nicht verkehrt, da noch einmal einen Fokus zu setzen, zu sensibilisieren und zu schulen. Es ist seltsam, dass ihr vor rund einem Monat zwei Postulate eingereicht habt, die Massnahmen im Bereich von Gewalt gegen Frauen verlangten. Aber heute sagt ihr Nein zu einem Auftrag zur Sensibilisierung bei der Begleitung von Frauen, die Gewalt erlitten haben. Das ist für mich völlig unverständlich. Für die AL ist klar, dass wir das Postulat unterstützen. Insbesondere der Vermerk im Postulatstext zum Fokus auf marginalisierte und mehrfach diskriminierte Personengruppen scheint uns wichtig. Die Aktion «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» legte im Jahr 2025 einen Fokus auf diesen Bereich. Es wurde darauf hingewiesen, dass Frauen und queere Menschen mit Behinderung häufiger Gewalt erleben. Das liegt daran, dass der Zugang zu Schutz und Unterstüt-



zung kaum vorhanden ist und dass sie aufgrund von Machtgefällen in Betreuungsverhältnissen Übergriffen eher ausgesetzt sein können. In Betreuungs- und Pflegeverhältnissen wiederum stellt sich auch für Fachpersonen die Herausforderung, mit ehemals Betroffenen gut umgehen zu können. Wenn sich beispielsweise eine an Demenz erkrankte Frau nicht mehr verbal äussern kann, können auch frühere Traumatisierungen nicht geschildert werden. Oder Traumatisierungen sind irgendwo tief begraben, weil diese Personen zum Teil mit niemandem darüber gesprochen haben. Diese Erlebnisse sind rational nicht zugänglich, zeigen sich aber oft im Verhalten – im Verlauf des Lebens oder im Alter. Schulung und Sensibilisierung von Fachpersonal darf aus unserer Sicht noch weitergedacht werden auf Betreuungs- und Pflegefachpersonal sowie medizinisches Personal, das mit Patient*innen in Institutionen in Pflegeverhältnissen zu tun hat.

Serap Kahriman (GLP): Es ist richtig und wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Stadtratskandidatin der FDP in den letzten Wochen Vorstösse zum Thema sexualisierte und häusliche Gewalt eingereicht hat. Umso unverständlicher ist es für mich, dass die FDP heute den Ablehnungsantrag mit der Begründung stellte, dass das Thema in die kantonale Kompetenz falle. Ich frage mich, wie die FDP die stärkere Finanzierung der Frauenhäuser Zürich begründet, wenn das Thema doch in kantonaler Kompetenz liegen soll. Dieser Widerspruch hinterlässt bei mir leider den Eindruck, dass die eingereichten Vorstösse weniger Ausdruck einer konsequenten Haltung sind, sondern eher dem Wahlkampf dienen und nicht dem nachhaltigen politischen Engagement für den Schutz der betroffenen Frauen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Es ist tatsächlich ein wichtiges Thema, mit dem wir uns alle beschäftigen müssen. Das tun wir auch. Das Stadtspital hat bereits heute recht viele Fälle, die bei uns behandelt werden, weil sie eine Bedeutung und eine Wichtigkeit haben. Ich möchte die FDP aufmuntern, sich noch einmal zu überlegen, ob es nicht doch sinnvoll wäre, das Postulat zu unterstützen. Grundsätzlich ist es eine Ergänzung zu den Forensic Nurses, die wir planen. Diese sind eine gute Sache und wir beanspruchen sie auch bereits. Wir planen aber tatsächlich weitere Schulungsmassnahmen für Pflegefachpersonen und die Ärzteschaft in den Notfallstationen und den Frauenkliniken, damit das Thema sehr schnell erkannt wird und entsprechend unterstützt werden kann. Wir sind bereits daran, das Postulat umzusetzen. Deshalb nehmen wir es auch entgegen.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Wir möchten versuchen, die Diskussion zu versachlichen. Aber wie meine Vorrednerin von der GLP sagte, geht es auch um Wahlkampf, was wir bis zu einem gewissen Grad verstehen können. Wir haben die Thematik intern intensiv diskutiert. Nicht, weil wir die Grundsätzlichkeit des Themas infrage stellen, sondern weil wir uns – ähnlich wie die FDP – überlegten, ob es nötig ist, dass die Stadt Zürich begleitend oder ergänzend Anstrengungen übernimmt, nachdem der Kanton im Dezember mit



seiner Kampagne zu den Forensic Nurses losgelegt hat. Wir finden, es ist kein städtisches Mikromanagement, wenn sich der Stadtrat ergänzend betätigt. Uns ist aber wichtig, dass wir keine Doppelspurigkeit haben. Wir unterstützen die Forderung, weil wir es gut finden und es ein wichtiges Thema ist, das wir überhaupt nicht marginalisieren oder ins Lächerliche führen wollen. Wir sehen auch, dass Zürich aufgrund der regionalen oder überregionalen Versorgungsfunktion ein Hotspot ist. Nicht zwingend von der Entstehung davon, aber zumindest von den Auswirkungen. Viele Spitäler oder medizinische Einrichtungen werden damit konfrontiert. Deshalb begrüssen wir es, wenn sich der Stadtrat engagiert.

Martina Zürcher (FDP): Die Vorrednerinnen haben uns massive Vorwürfe gemacht und hielten uns aus der Luft gegriffene Anschuldigungen entgegen. Ich habe Tanja Maag (AL) genau zugehört. Sie spricht von einem anderen Vorstoss. Wenn ich lese, der Stadtrat werde aufgefordert, «zu prüfen, wie medizinische Fachpersonen der Stadt Zürich für die komplexe Thematik der sexualisierten und häuslichen Gewalt sensibilisiert werden können», ist das etwas, das bereits gemacht wird und in der Umsetzung ist. Wir erwarten auch, dass das gemacht wird – ohne dass man noch ein Postulat hinterherschicken muss. Wir haben bereits über die Forensic Nurses gesprochen. Ich hatte vor über zwei Jahren einen Aufenthalt im Triemli in der alten Maternité und konnte dort erleben, wie das geschickt gemacht wird. Am einzigen Ort, wo Frauen wirklich alleine sind – an der Innenseite der WC-Kabine – gab es ein Plakat mit Informationen dazu, wohin man sich wenden kann. Es wird gemacht. Es wird schon lange gemacht und es wird mehr gemacht. Wenn man ehrlich sein will, muss man das Postulat zurückziehen, weil es sich um einen Profilierungsversuch handelt.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Das Postulat ist ein Puzzleteil im Einsatz gegen häusliche und sexualisierte Gewalt. Es ist völlig klar, dass es vielfältige Massnahmen in verschiedensten Bereichen braucht und verschiedene Lebensrealitäten in der Umsetzung dieser Massnahmen beachtet werden müssen. Das fordert auch die Istanbul-Konvention, die auch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden muss. Medizinische Fachpersonen sind häufig die ersten und leider sehr oft auch die einzigen, die Kontakt zu Betroffenen von häuslicher und sexualisierter Gewalt haben. Umso wichtiger ist es, dass sie regelmässig und tiefgehend sensibilisiert werden. So können sie Gewalt erkennen und können Betroffene direkt an bestehende Angebote weiterleiten. Dafür braucht es Wissen. Und sehr wichtig ist auch, dass das Thema mit Blick auf verschiedene Lebensrealitäten angesprochen wird. Das fällt immer mal wieder unter den Tisch. Das stellte Previo, das Expertinnengremium, das für die Umsetzung der Istanbul-Konvention zuständig ist und die Schweiz immer wieder kontrolliert, fest. Bei der letzten Kontrolle vor vier Jahren sagten sie, dass in diesem Bereich noch zu wenig gemacht wird. Auch Nichtregierungsorganisationen (NGO) strichen hervor, dass das häufig vergessen gehe. Ja, es gibt die Forensic Nurses. Aber das ist ein anderes Angebot. Das sind spezialisierte Fachpersonen. Es geht aber darum, dass alle Fachpersonen vertieft sensibilisiert sind und über entsprechendes Wissen verfügen. Es braucht auf allen Ebenen mehr für eine adäquate Behandlung. Es ist völlig klar, dass die Gesundheitsfachpersonen unter einer hohen Arbeitslast



und unter hohem Zeitdruck immense Arbeit leisten. Es geht uns nicht darum, dass diese Arbeit nicht gut genug ist. Aber es muss klar sein, was getan werden muss, wenn man das Gefühl hat, dass häusliche oder sexualisierte Gewalt im Spiel ist. Man muss wissen, welche Möglichkeiten es gibt, die Person anzusprechen oder wohin man sie weiterverweisen kann oder wie es sich äussert, dass jemand gewürgt wurde, wenn keine offensichtlichen Würgemale am Hals sichtbar sind. Es ist auch eine Realität, dass viele Betroffene sagen, es sei nichts. Dort braucht es ebenfalls eine wiederkehrende Sensibilisierung, damit medizinische Fachpersonen dranbleiben und wissen, wie sie Unterstützung anbieten können. Es geht auch nicht darum, dass bei der Sensibilisierung stehen geblieben wird. Deshalb haben wir schon vor längerem ein Postulat überwiesen, bei dem es um die Sensibilisierung der Nachbarschaft geht. Viele Leute wissen nicht genau, wie sie reagieren und Betroffene adäquat begleiten können. Es ist erfreulich, dass die Stadt in diesem Bereich schon Arbeit geleistet hat. Vor zwei Jahren war ich an einer Tagung in einem Spital, an der genau dieses Thema aufgegriffen wurde. Eine Ärztin, die selbst leider jahrelang von häuslicher Gewalt betroffen war, leitete die Tagung. Es wurde von den Fachpersonen mehrfach geäussert, dass sie extrem froh seien, wenn es verschiedene Sensibilisierungsmassnahmen gibt und es immer wieder thematisiert wird. Es ist also auch etwas, das sich Fachpersonen explizit wünschen. Ich finde es problematisch, wenn man sagt, es werde emotional behandelt und es gebe eine Profilierung zu diesem Thema. Das ist absolut nicht der Fall. Es ist wichtig, das Thema emotional zu behandeln. Es ist ein emotionales Thema. Es ist nicht weniger professionell, wenn man es emotional angeht. Es geht auch nicht um eine Profilierung. Die Grünen, die SP und die AL setzen sich seit Jahrzehnten für eine gewaltfreie Gesellschaft ein. Es ist nur konsequent, da weiterzugehen. Ich finde es schade, dass die FDP nicht dabei sein kann und komische, formalistische und bürokratische Themen anbringt. Denn es braucht mehr und es ist schade, wenn ihr uns Profilierung vorwerft, obwohl es so wirkt, als würdet eher ihr das machen.

Dominique Späth (SP): *Auf den Vorwurf der Doppelspurigkeit von der FDP war ich vorbereitet, weil sie häufig so argumentiert. Der Vorstoss schaut genau, dass es nicht zu solcher Doppelspurigkeit kommt. Der Regierungsrat des Kantons sagte, es gebe Optimierungsbedarf. STR Andreas Hauri sagte, es gebe Optimierungsbedarf. Es handelt sich also nicht um eine Doppelspurigkeit, sondern um etwas, das noch fehlt. Im Postulatstext steht sogar, «es soll geprüft werden, wo die Koordination zwischen Kanton und Stadt und relevanten Akteur*innen der Zivilgesellschaft notwendig ist und wie sie sichergestellt werden kann». Es soll also genau nicht darum gehen, doppelt und dreifach Massnahmen zu ergreifen, sondern es geht um die Informations- und die Sensibilisierungskampagne. Uns bei so einem Vorstoss Profilierung vorzuwerfen, ist lächerlich, wenn die FDP in zwei Tagen eine Podiumsdiskussion gegen Belästigung und Gewalt an Frauen plant.*

Das Postulat wird mit 84 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat